

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich
16.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk.,
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
allgemeinen, Zeitschriftenvertrieb unter
Einschaltung eingetragener Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Zeitschriften-Ver-
gütung. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 7411, der Zeitschriften-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 4 spaltenweise 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Sonderanzeigen 30 Pf., Reklamen
die 20 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenvermittlungsstellen.
Erfüllungsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Dr. Deubaustr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Orlitz
Ulrichstraße 32 und Markt 24,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604

Die fünfundzwanzigste Jahrgang.

Nr. 236.

Halle, Sonnabend, den 22. Mai 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Für die Mittellinie.

Berlin, 22. Mai. Das Staatsministerium hat beschlossen, die Mittellandnaturloge als bald der Landesversammlung auf der Grundlage der Mittellinie zugehen zu lassen.

Bessere Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Von ausübender Stelle erfahren wir, daß die Kohlenförderung im Ruhrgebiet im Monat April 6 1/2 Millionen Tonnen betragen hat, was einer guten Durchschnittsförderung entspricht.

Vom bayerischen Beamtenstreik.

München, 21. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die Verhandlungen zur Beilegung des Beamtenstreiks in München und ganz Bayern sind gescheitert. Beide Teile rechnen auf einen zähen und langen Streik.

Der letzte Heimkehrer-Transport aus Ostfriesland.

Samborn, 21. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Mit dem japanischen Dampfer Manei Maru ist heute morgen der letzte Heimkehrertransport aus Ostfriesland in Hamburg eingetroffen. Unter dem etwa 750 Personen umfassenden Transport, der am 1. April von Singapur abfuhr, befinden sich der Reichsleiter von Singapur, Admiral Reuter-Walded und seine tapferen Mitkämpfer.

Endlich!

Amsterdam, 22. Mai. Wie „Telegraaf“ aus Washington meldet, hat das amerikanische Repräsentantenhaus gestern die Resolution Anzogen angenommen, durch die der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird.

Verabschiedung der Volksabstimmung im Osten.

Paris, 22. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichstag hat beschlossen, die Volksabstimmung in beiden Bezirken, Warneburger und Meissen, die Ende Juni stattfinden sollte, hinauszuschieben. Der Rat hat auch die Verhängung der Polizeipropaganda in beiden Bezirken gutgeheißen.

Abbau der englischen Besatzungstruppen.

Wien, 21. Mai. Es ist ein Armeebefehl der britischen Generalstabschef ergangen, wonach die Truppen im besetzten Gebiet rasch vermindert und keine Verbefestigungen mehr vorgenommen werden sollen. In Köln sind bereits Vorbereitungen zum Abtransport einzelner Teile der britischen Besatzungstruppen getroffen.

Die Putschgefahr in Oberschlesien.

Wrocław, 22. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) In der Putschgefahr in Oberschlesien hat gestern beim Regierungspräsidenten von Breslau eine eingehende Besprechung statt, an der u. a. Geheimrat Vorhoff sowie ein Vertreter der demokratischen und sozialdemokratischen Partei teilnahmen. Wie in der Konferenz mitgeteilt wurde, besteht die Befürchtung, daß sich die Kommunisten in Oberschlesien demnächst zu einem gewaltigen Vorhaben entschließen werden. Besonders in den Kreisen Striegau und Waldenburg ist es bereits zu schweren Ausschreitungen gegen verschiedene Gutbesitzer gekommen. Bewaffnete Banden von ca. 500 Mann überfallen die Güter.

Freisprechung in einem Erzberger-Prozess.

Dresden, 21. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Wegen Beleidigung des früheren Reichsministers hatte sich der Schuhmachermeister Reinhard Augustin in Lützenau vor dem Landgericht in Bautzen zu verantworten. Augustin hatte in einer Schuhmacher-Vereinigungsversammlung über einen Verhandlungsgegenstand der Schuhmacher in Leipzig berichtet und mitgeteilt, daß dort auf dem Verhandlungsgegenstand wurde, Erzberger hätte 200 000 Kilogramm Zucker nach Belgien und England verkauft. Das Landgericht sprach Augustin frei, weil er bei seinen Behauptungen im berechtigten Interesse der Schuhmachermeister gehandelt habe.

Ein merkwürdiger Tuchankauf.

Berlin, 22. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber den Abschluß eines Tuchankaufs der Sicherheitspolizei mit der englischen Firma Gelland, der gezeichnet ist, daß größte Beständen zu erregen, wird der „Volks-Ztg.“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß sich bei der Vergabung der Aufträge — es handelt sich um etwa 400 000 Meter Militärstoff — auch die deutsche Tuchindustrie, insbesondere die Uniformbranche, um die Vergabung beworben hätte. Von drei deutschen Firmen wurde der fertig gefertigte und sofort verwendbare grobe Stoff zum Preise von 170 Mark pro Meter angeboten, und zwar hätte

der größere Teil des Stoffes sofort, der Rest in höchstens 4-5 Wochen geliefert werden können. Trotz dieses Angebotes entschied sich die Ankaufsstelle der Sicherheitspolizei im preussischen Ministerium des Innern für das Angebot der englischen Firma und zahlte dieser 275 Mark für das Meter. Es wurden von der englischen Firma 700 000 Meter Abak gekauft, der erst noch gefertigt werden muß. Das Meter stellt sich auf 293 Mark, also 205.1 Millionen Mark, während man die gleiche Menge von der deutschen Firma für insgesamt 119 Millionen Mark hätte kaufen können. In Anbetracht dessen Textilindustrieller schätzt man den Reingewinn der englischen Firma auf mindestens 25 Millionen Mark.

Gegenrevolutionäre Kämpfe in Petersburg.

Petersburg, 21. Mai. Wie die „Morning Post“ aus New York meldet, dauern in Petersburg die gegenrevolutionären Unruhen fort. Man glaubt dem Ausbruch von großen Bränden in der inneren Stadt, wodurch eine Anzahl von Lagerhäusern, die Kriegsmaterial enthielten, eingeschlossen wurden. Der Zugang nach Petersburg ist gesperrt. In einem Umkreis von 40 Meilen herum nimmt man schon jetzt mehrere Tausend aus Petersburg Detonationen, die von Explosionen herrühren.

Schwere Landarbeiterunruhen in Italien.

Mailand, 22. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Mailand wird gemeldet: In der Provinz Udine bemächtigte sich die streikenden Landarbeiter mehrerer Dörfer, verjagten die städtischen Behörden, Polizei und Carabinieri und hielten auf den Bahnhöfen rote Fahnen. Sie unterbrachen die Telegraphen- und Telefonleitungen und sprengten eine Brücke und einen Tunnel der Linie Udine-Wien. Der Schnellzug Rom-Wien konnte noch rechtzeitig in Udine zurückgehalten werden. In Verona Stadt und Provinz ist der Generalstreik ausgebrochen.

Das polnische Paradies.

Die polnische Mark gilt heute nur 23 Pf., ja an der Grenze zählt man sogar nur 19 Pf. Der wahre Wert der polnischen Mark liegt im höchsten Maße höher als die Polonaise immer wieder aus. Der Ermittlungsbericht nach dem Osten scheint es jetzt an dem russischen Damm zerfallen, ein starker Rückgang ist nicht ausgeschlossen, so daß das ukrainische Abenteuer vielleicht die wahnhafte Bankrotttheorie politisch ostentativ machen würde. Die Provinz Polen ist schon in den Strudel polnischer Mißwirtschaft untergegangen. „Es gibt Polen“, so schreibt die „Magb. Ztg.“ ein deutscher Beamter aus dem Vorkriegsland, „die Bewohner der Abstammungsgebiete, die verlassen, um sich in dem noch hoch aufliegenden schmerzlichen Deutschland mit deutscher Vermittlung und Ordnung anzukaufen (warum nur das nicht vorherben in der Antwort auf ihre Vorgesetzten); gibt es doch nicht nur deutsche Witwen, nein politische Beamte, die seit Januar noch keinen Pfennig bezogen haben. Aber die Polen trauen sich einen gelunden Wagen zu. Sie wollen die Abstammungsgebiete auch noch verdienen. So lügen sie jetzt „Beamte aller Kategorien und Lehrer für die Abstammungsgebiete. Fachkenntnisse nicht erforderlich.“ Ist das nicht töricht! Man könnte das für einen Witz halten. Und ist doch blühender Ernst.“ So steht es in Polen aus. Darum rette ein jeder die Abstammungsgebiete, die dem Deutschen Reich Kohlen und Nahrungsmittel liefern, vor dem Untergang. Gebt für die Grenzspende!

Abbruch der Beziehungen Polens zur Tschecho-Slowakei?

Prag, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Das Blatt des Landesverteidigungsministeriums veröffentlicht einen Beschluß, demzufolge der polnische Landtag nach einer leibschäftlichen Rede des Hrn. Gromka beschließen habe, die Regierung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Tschecho-Slowakei, sowie zur Entfernung der tschechischen Beamten aus dem Teschener Gebiet aufzufordern. Andernfalls würden sich die Polen mit eigener Kraft wehren.

Abgefaßte Großhändler.

WZB. Frankfurt a. M., 22. Mai. (Privattelegramm.) Drei Großhändler wurden Freitag mittag von Kriminalbeamten, die als Kaufleute autralen, 30 Kilogramm Goldbarren im Werte von mehr als einer Million Mark in dem Augenblick abgenommen als das Gold in einem hiesigen Bankhaus gegen Auszahlung der Kaufsumme abgeholt werden sollte. Der Hauptakteur ist der Bankier Badarag aus Harju. Das Gold wurde der Reichsbank zugeführt.

Preissturz auf dem amerikanischen Warenmarkt.

Hamburg, 21. Mai. Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Kopenhagen: Nach einem Telegramm aus New York ist in ganz Nordamerika ein weiterer Preissturz für alle Waren eingetreten infolge der herrschenden Geldverhältnisse und der steigenden Einfuhr. Die großen Geschäfte haben die Preise bedeutend herabgesetzt, besonders die Geschäfte der Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie.

Unruhen in Spanien.

WZB. Madrid, 22. Mai. Nachrichten aus offizieller Quelle zufolge brachen in Sejar Volksaufstände aus. Die Aufständischen griffen Wälder und Kolonialwarengeschäfte an, ohne jedoch zu plündern. Es wurde der Befehl erlassen, die Arbeiterbewegung in ganz Spanien sei nicht sowjetisch, sondern sozialistisch mit revolutionärem Ziel.

Der Abschied der Nationalversammlung.

Es fällt nicht leicht, von dem Abschied der Nationalversammlung in feierlicher Stimmung zu sprechen. Das erste Parlament der deutschen Republik hat durch Mangel an Fortschritt eine geschichtliche Stunde zu missenden gemacht, daß zum Schluß die Worte der Abschiedsrede klanglos in dem Säulenhallen, mürrischen Aufbruch verhalten. Die Unentbehrlichkeit einer geschulten Darstellungs- und Anordnungsarbeit hat sich wieder zum Schaden der Körperkraft, die sie nicht beehrte, gezeigt. Eschlichkeit und selbst Rührerheit in Ehren, aber ein solches Vergehen jeder selbst der notwendigen Regie wäre in keinem anderen Parlament der Erde möglich gewesen. Das Ende eines Stückes schicksalvoller Parlamentsgeschichte freizeit dadurch das Nächste.

Erawungen Dank der letzten Arbeiten, allerhand Bewilligungen, die fahrigkeit der Schlussstimmung und ein allerdings ungenügendem Vorkursen des Zufalls kamen hinzu. Die Wirkung aller dieser Einzelheiten war jedenfalls, daß bei dem Eindruck der inhaltlich durchaus nicht gleichgültigen Schlussberatungen das drücken wir es wohlwollend aus, Anschließliche überweg Am 20. Mai dachte man fertig zu werden. Die Erklärungen gegen die Willkür der Gegner ringsum sagten das Richtige und Notwendige, wenn sie auch leider nicht mehr vermochten, als eben Meinungsäußerungen zu sein. Dann aber geschah das Unabsehbare; die Regierung geriet in Gefahr, am vorletzten Sitzungstage ihre Mehrheit zu verlieren — überdies durch einer Zufall. Die Unabhängigen hatten, in diesem Fall durch die Sozialdemokraten unterstützt, die Aufhebung des Belagerungszustandes für das ganze Reich noch vor den Wahlen beantragt. Wider Erwarten wurde der Antrag angenommen, weil eine größere Anzahl seiner Gegner im Augenblick der Abstimmung im Reichstagsrestaurant weilte: sie hatten sich um ihre Stimmenmehrheit gebracht. So stand man vor dem widerwilligen Ergebnis einer Krise zwischen Tür und Angel; die Regierung befreite sich aus der ungemessenen Lage nur dadurch, daß sie im Antrag das Wort „erstlich“ betonte und durch den Minister des Innern erklären ließ, man könne diesem Ersuchen wohl in Einzelheiten, nicht aber wegen doppelter Putschgefahr, durchweg stattgeben. Die Mehrheitsopposition ließen es bei der Auflassung, daß sie das Kabinett um Aufhebung des Belagerungszustandes nur „erstlich“ hätten, bewenden, und damit beruhigte man sich. — Ein Antrag der Rechten, die dritte Sitzung des Gesetzes über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wegen voraussetzlicher Beschlußunfähigkeit des Hauses abzulehnen, wurde nachdem am 20. die entsprechende Interpellation unter dem Wort „Geschäftsordnung“ erörtert worden war, am 21. wieder aufgenommen. Man wies die Beschlußunfähigkeit, die Antragsteller bemühten sich, fuhr durch Stimmhaltung heranzuführen, und es ergab sich, daß zur Beschlußfähigkeit tatsächlich — eine Stimme fehlte. Dieser eine Mangel, in diesem Fall aus Unterschritt, stellte auch dem Antrag der Unabhängigen, die der Regierung ein Mißtrauensvotum ausstellen wollten, aber in der Beantwortung des Antrags steden blieben, weil die fünfzehnte Unterschritt nicht aufzutreiben war. Das Anberaumen einer neuen Sitzung, nach halbständiger Pause, befreite keinen der verbindlichen Anträge, man hörte nur noch die Abschiedsbotchaft des Reichspräsidenten an. Dann machte man Schluss.

Die Unfestigkeit dieses Schlusses darf nicht auf das Urteil über die Nationalversammlung zurückwirken. Die Frage, ob die Verfassungsgebende Versammlung zu lang oder zu kurz getagt habe, ist praktisch durch den Entschluß zu den Juniwahlen erledigt. Man konnte der Meinung sein, daß nach der Unterzeichnung des Versailles Friedens die Zeit der Nationalversammlung erfüllt sei; man konnte zum Erweis des Gegenteils daran erinnern, daß selbst der theoretische Friedenszustand nicht am 10. Januar 1920 begonnen hat und daß die ersten Volksabstimmungen in den bebingungsweite dem Reiche zurkannten Gebieten auch heute noch bevorstehen. Ansehen sehen wir jetzt klarer als vor einem Jahr, daß „Friede“ kein Ergebnis, sondern etwas Verdendes, ein zeitlich und sachlich ausgedehntes Geschöben ist, und darum sollte man das Kompromiß, das die Wahlen zwischen den Friedensschluß und die Abstimmungen setzte, nach so vielen Kompromissen, ohne gegenseitige Vorwürfe gelten lassen. Die Nationalversammlung selbst hat in den fünfzehn Monaten ihrer Tätigkeit nicht besser aber auch nicht schlechter gearbeitet, als eben von einem Parlament in verworrenen Zeiten bei nächstem Urteil erwartet werden kann. Die Verfassung kam rasch zustande und ist ein zumindest annehmbares Arbeitsergebnis. Der Verfassungsausschuss eine klare Richtung an geben

Copyright 1920 by the publisher, Leipzig, Germany. Printed in Germany. No. 1171. Every copy must bear this mark.

mpfang, auf dem Gebiete der Wehrmacht, Finanz- und Steuerprobleme wird dem neuen Parlament weitestgehend vorarbeiten. In kleineren Dingen war die Tätigkeit der Nationalversammlung durch die Lasten der Kriegsjahre und beschränkt, daß das Parlament nicht umhin konnte - Reichstagsarbeit zu tun. Das war keine Befugnisannahme, sondern in den Verhältnissen begründet. In großen Dingen wieder war bestimmend - was man nicht verpassen sollte - die Abhängigkeit von dem Willen des Auslandes. Wohl dem deutschen Volk, wenn der neue Reichstag, und jeder nachfolgende, in dieser Hinsicht es leichter hat.

Das neue Kabinett Mitli.

22. Mai, 22. Mai, 22. Mai, 22. Mai. Das neue italienische Kabinett ist folgendermaßen zusammengefaßt: Ministerpräsident und Inneres Mitli, Äußeres Sciolozzi, Kolonien Nitti, Erziehung Schaner, Finanzen De Nona, öffentliche Arbeiten Nono, Landwirtschaft Miletto, Industrie Miletto, Justiz Nitti, Krieg Robino, Marine Scelzo, öffentliche Unterhaltungen, Post Tarozzi, Minister für die besetzten Gebiete Depogna.

Sprechende Zahlen.

Von W. Schwarz, Halle.

Die Reichsparteien versuchen immer wieder ihren Anhänger einzureden, daß für die jetzige Misere unseres Wirtschaftslebens einzig und allein die Revolution und die jetzige demokratische Regierung verantwortlich seien. Demgegenüber ist es wichtig, zu prüfen, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit Kriegsausbruch in den neutralen und neutralen Ländern gestaltet haben. Die Prüfung ergibt klar und deutlich, daß die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse nicht nur in Deutschland zu beobachten ist, sondern daß sich in der ganzen Welt als Folgeerscheinung des unglücklichen Krieges eine Warenknappheit und damit eine Teuerung eingestellt hat, wie sie unerschütterlich nicht gedacht werden kann. So betragen die Indexzahlen, d. h. die Vergleichszahlen zur Basisausgangslage des Preis- und Niedrigpreises der Großhandelspreise, wenn man die Preise von 1913 mit 100 ansetzt, im Januar 1920

für England	259
für die Vereinigt. Staat.	221
für Frankreich	489
für Schweden	318

d. h. also, daß die Preise für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Lebens auch in gegenüberlichen und neutralen Ländern um das dreifache und fünffache gegenüber den Kriegsausbruch gestiegen sind.

Die Steigerung der Eisenbahntarife seit Kriegsausbruch betrug nach Board of Trade Journal:

Personentarife	Frachttarife
in Deutschland	135-210
in Frankreich	70-80
in Italien	60-120
in Holland	75
in der Schweiz	100-150
in Norwegen	60-100
in Schweden	100-200

Interessant ist auch ein Vergleich der Kurse der während des Krieges aufgenommenen Anleihen in den verschiedenen Staaten.

Staat	Prozent	Kurs
Deutsches Reich	Berlin	5 % Kriegsanleihe 79,75
England	London	4 % Siegesanleihe 74,-
Frankreich	Paris	5 % Rente 88,70
Amerika	New York	4,25 % Freiheitsanleihe 86,10
Schweiz	Zürich	5 % Anleihe v. 1917 85,25
Holland	Amsterdam	5 % Anleihe v. 1915 85,75

Die Teilnehmer deutscher Kriegsanleihen, die den Verlust von circa 20 Prozent ihres Anlagekapitals beklagen, finden vielleicht einen gewissen Trost darin, daß an den Anleihen der feindlichen und neutralen Staaten ähnlich viel verloren

wurde. Erfreulich bleibt jedenfalls, daß der deutsche Kapitalbesitzer zu den Finanzen seines Vaterlandes ebenfalls soviel Vertrauen hat, wie die Angehörigen der Siegerstaaten zu dem Staatskredit ihres Landes.

Wenn man nun bedenkt, daß es vor kurzem in England und Amerika, und eben noch in Frankreich große Eisenbahnstreiks gab, daß sich in Italien immer mehr revolutionäre Erscheinungen bemerkbar machen, wird sich jeder Einflüsterer fragen müssen, daß alle die Dinge, über die wir uns jeden Tag von neuem ärgern: Forderung der Arbeitsmilitar, des Arbeitsbrottes, der Eisenbahntarife, Entwertung der Staatsanleihen, die Revolution hier können, sondern, da sie sich in fast allen Ländern bemerkbar machen, in erster Linie als eine Folge des Krieges anzusehen sind.

Wenn daher das deutsche Volk, das unter der wirtschaftlichen Not unserer Tage so schwer leidet, nach dem Schuldigen fragt, für all das Elend, dann wird es diese bei denen finden, die durch ihre leichtfertige Politik den Krieg nicht verhindert und infolge ihrer Verwerfung der wirtschaftlichen Sachverhältnisse und des Eisenbahns zu so unglücklichem Ende geführt haben.

Deutsches Reich.

Die Reichsliste der Demokraten.

Zu den bereits genannten Namen der Reichsliste der Demokratischen Partei sind noch folgende hinzuzufügen: Robert Janßen, M. d. L., Hauptgeschäftsführer der D. P., Bönning (Hildesheim); Hermann Dahl, Vorstandsmitglied des Reichsbundes Deutscher Technik, A. v. H. d. B., Vorsitzender des Reichsbundvereins, Düsseldorf; Dr. Frenkel, Präsident des Deutschen Handelstages, Vizepräsident des preussischen Landtages; Helene Lange, Hamburg; M. Rernst, Dr. Prof., Geh. Regierungsrat, Berlin; Fr. Gertrud Israel, Vorsitzende des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten; Hermann Westermann, M. d. L., Gutsbesitzer; C. Mahardt, Ehrenobermeister; Otto Franke, Verbandsdirektor des Verbandes der Zeitungs- und eisenarbeitenden Berufsbeholdenen und Wilhelm Wömmel, cand. phil.

Warum die Heringe so „billig“ sind.

Der „Berliner Fischmarkt“ bringt folgende Mitteilung: „Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure“ legte die Bilanz vor, die einen Verlust von ca. 10.000.000 Mark ergab. Nach Abzug der Verlusten (etwa 2 1/2 Millionen) gelangen noch 7 1/2 Millionen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Ausschüttung. Es entfallen auf einen Anteil von 10.000 Mark je Lage und schreibe 90.000 Mark, also 900 Prozent. Die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure“ ist eine Gründung der Salzheringsimportgesellschaft G. m. b. H. angelegenen Salzheringsimporteure. Sie hat mit der Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie für den Einkauf der Heringe in Norwegen usw. das nötige Personal stellt. Warum wird der Ueberfluß nicht an das Reich abgeführt? Welches Recht haben ein paar bezugslose Kriegsgeldgenußler auf solche Dienstleistungen, die der breiten Masse erpreßt worden sind.

Die Frage müßte wohl richtiger lauten: Warum bietet die Regierung nicht alles auf, diese Riesengewinne zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die Heringe zu angemessenen Preisen verkauft werden? Hier ist es gebieterische Pflicht, mit dem Preisabbau sofort zu beginnen und endlich dem volksausbeuterischen Unfug der Kriegsgeldgesellschaften ein Ende zu machen!

Städtische Verkaufsläden.

In der Freitagsabgabe der Berliner Stadterordnetenversammlung hat Oberbürgermeister Wermuth bereits

mitgeteilt, daß der Magistrat sich gegenwärtig mit der Preisgestaltung für Lebensmittel und Bedarfsartikel befaßt. Dazu erzählt die „Voll. Zig.“, daß die städtische Verwaltung mit dem Gedanken umgeht, sich in großem Umfang kaufmännisch zu betätigen, da die städtische Verwaltung bei dem heutzutage in der Welt in der Lage ist, Lebensmittel, Erzeugnisse aus der Landwirtschaft und aus der Industrie zu kaufen und zu verkaufen und auf diesen Markt zu werfen, die viel geringer sind als sie gegenwärtig von den Geschäftsleuten gefordert werden. Eine gemischte Deputation von Magistratsmitgliedern und Stadterordneten, die gewählt wurde, um über die zu erzielenden Maßnahmen zu beraten, soll gleich nach Pfingsten zusammentreten.

Eine Änderung im Betriebsvertragsgesetz.

Normalarbeitsverbarung. Der Eisen- und Stahlwaren-Industrie und in Eisen ist seit dem 1. April 1920 das Betriebsvertragsgesetz vom 4. Februar 1920 hat durch ein Gesetz der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 12. Mai 1920 eine Änderung erfahren. Er lautet in der alten Fassung: „In die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Jan. 1919 erlassen, so ist binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen.“ Dieser Satz ist nun dahin geändert worden, daß die neue Arbeitsordnung spätestens bis zum 1. September 1920 erlassen sein muß. Da das Betriebsvertragsgesetz am 9. Februar in Kraft getreten war, so wäre der letzte Termin zur Ausarbeitung einer Arbeitsordnung in Verbindung mit dem Betriebsrat, der am 9. Mai gewesen. Die Frist ist also nunmehr bis zum 1. September hinausgeschoben worden und zwar wohl deswegen, weil das Reichsarbeitseinkommen der Entwurf einer Normalarbeitsordnung beabsichtigt. Deren Ausarbeitung ist durch die politischen Wirren im März und April verzögert worden. Da diese Normalarbeitsordnung mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor ihrem Erlass eingehend durchgearbeitet werden soll, ist die Frist bis zum 1. September hinausgeschoben worden. Dem ist nur zuzufügen, daß eine solche Normalarbeitsordnung, die sich durch die Festlegung der Arbeitsbedingungen, die die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam beschließen, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeiten mit der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor ihrem Erlass eingehend durchgearbeitet werden, damit von vornherein die Gewähr gegeben ist, daß eine für alle Teile dienliche Arbeitsordnung zustande kommt.

Provinzial-Nachrichten.

22. Mai. (Betriebsvertragsänderungen) in der Provinz Hannover. In der Reichsindustrie, besonders der Maschinenindustrie, ist die Frage der Betriebsvertragsänderungen seit geraumer Zeit ein Thema der Tagesgespräche. Ein Teil der Fabriken hat bereits die Arbeitszeit verkürzt, andere werden folgen. Die Fragestellung ist: „Was ist die neue Lage der Dinge?“ Die Fragestellung ist: „Was ist die neue Lage der Dinge?“ Die Fragestellung ist: „Was ist die neue Lage der Dinge?“

21. Mai. (Mord). In einem hystischen Anfall erschlug ein gewisser Herr einen in der Gerberstraße wohnenden Pflegevater, Invaliden Franke.

21. Mai. (Ein Einbruch) wurde vorläufige Nach- in der Turnhalle und im Pflanzhof der Realschule ausgeführt. Die Eindringlinge haben das Leder von den Turngeräten entwendet und entwenden, auch ein wertvolles Fernrohr sowie ein Mikroskop mitgenommen.

21. Mai. (Ein Auto) der Kraftwagen-Gesellschaft Sachsen-Anhalt wurde durch den Eberwäldermeister Garbas auf der Gasse des Götterdenkmals gestohlen. Die Ladung bestand aus drei Leinwand-Protokollen, 37 Sandkaraffen und 250 Gramm Schokolade.

21. Mai. (Der Auto auf Unruh) nicht aufhört, wurde ein Wagen über die Chaussee gefahren, und es dadurch zum Warten gezwungen. Die Waren, die dem Hausbesitzer Karl aus Mühlhausen gehörten, wurden ebenso wie das Fahrzeug beschlagnahmt. Keil ist verhaftet. Es handelt sich um Schiebergut.

20. Mai. (Der Harzverein für Geschichte und Altertumskunde) hält am 25.

war ein Wort, ein Freier von geradezu herausragender Schönheit und einer Gebärtheit, die an Nische erinnerte, ja über jene Enklaven, Berlinen weit hinausgriff in die Fieberwelt des Himmels der Verblüffung. Der mir, den er aber nicht am Tag, aber am Abend alles drücken lassen konnte, wie viel gab er mir, „Reime zur Tat in meine Ferkelstuden“, denn ich hatte damals eben den ersten, nun längst vergessenen Roman voller homerischer Vergleichsfiguren hinter mir und rang mit dem zweiten, dann leider später ziemlich nach geratenen Werte. Heute, nach einem guten Jahrestag und einem Dugend gelungener, gesellener Romane, mandem Rosellenbachs habe ich noch ganz jener Sonntagsgedanken mit dem Abtadjidichter Paul Lehmann und freue mich teilnehmend an seinen Erfolgen, daß ich ihm damals so beglückelt zurate, seinem rhythmischen, bewundernden ersten Buche „Abtadjid“ auch in der Presse ein wenig Weg besetzen helfen durfte.

Die beiden nächsten Bände sind mir nicht so nahe gekommen; das eine verlor ich unter vielen Zugestimmungen und eigenen Plänen, das andere fand über dem Kriege nicht mal den Weg zu mir. Einmal las ich, der Dichter der Abtadjidgeschichte sei unter die Bühnenautoren gegangen, und wünschte ihm aus der ferne Welt, denn seine Sprache hat etwas so überaus Oratorisches, daß sie auf die Weltanschauung „Bühne“ hingewirft wie kaum eine der seinen, zumal seine Worte ein gerüttelt Maß Gebärte, Geist und Seele allem verheißend mit sich bringen, und es aber allemweil Bühnenautoren hieran völlig mangelt. Und nun erweist sich heute - frohe Willkommenschaft! - eine Bühnenproduktion des Abtadjid-Reizes Paul Lehmann! Zwar nennt er die 87 Seiten seines neuen, wachstumstüchtigen Wertes auf dem Titelblatt schon ein „Lebensministerium“ und schreibt in dem achtseitigen Vorwort: „Wird dich wohl keine Götter finden, die die Welt bebekert und dir einen Thron bereiten mag“ - ich aber zweifle nicht, daß es unter unfern farsenreichen Inszenatoren neuer Bühnenwerke, die einem Reinhardt nachsehen, einen Mann geben wird, der sowohl Talent und Verstand, wie hier amüßen roten Seitenblättern verkörpert, in auch zum Leben erwecken wird. Nach viel weniger wird ein Mann des mächtigen Wortes, ein Vortragsmesser wie etwa Ferdinand Gregor es vermag, diesem Leuchten Leute seiner ionischen Stimme zu leihen, denn es klingt und brant so schon aus den papierenen Blättern wie goldener Glanz am herbstlichen Abend über der Landchaft eines weiten Berges. In einem großen Weiler habe ich immer denken gemußt, als ich den „Abtadjid“ las, wie ich seinen Namen für mich las, es so manches göttliche, meine Bild des alten Thoma, an sein Leben, das es uns unlangst helix belächelt.

Jüngst legt ja Lehmann den Gedanken, ja Vergleich mit Goethes Faust insofern näher, als er dem „Wanderer“ eine Rahmenbedeutung in zwei (nichtst) nicht eben tiefen) Wirklichkeitsstufen gibt und zwischen die 21 Zeilen der Protokolle. Das Auto auf Unruh nicht aufhört, wurde ein Wagen über die Chaussee gefahren, und es dadurch zum Warten gezwungen. Die Waren, die dem Hausbesitzer Karl aus Mühlhausen gehörten, wurden ebenso wie das Fahrzeug beschlagnahmt. Keil ist verhaftet. Es handelt sich um Schiebergut.

Als König finden wir den Wanderer wieder (im ersten Traumbild), hören seine Worte von seinem Kinde, die heute, so man König und Thron umließe, ausstiege, um so - königlicher anmutet. Den Wanderer begnadigt er zum - Lobe, denn das Fortleben auf der Welt würde - für ihn und alle schlimmer als Strafe sein. Den Dichter begnadigt er, dem Beschlüssen zu dienen, denn es ruht niemand, daß er sich im Kerker mache. Den Dichter beneidet, weil der König nach dem Thron habe und nicht jedermann vor dem Vorste des Doms um Almosen. Könige und Kaiser neigen des Bettlers Bescheiden dankbar mit auf den Weg. Zu einer ungetrübten und sicher unerschöpflichen künstlerischen Höhe in ihrer kompositorischen Anknüpfung aber leitet ihn diese Szene des weissen Bettlers vor dem Dome, als der (zum Lobe begnadigte) Wanderer von dem Thron herab getrieben wird, zur Wirklichkeit, und der Dichter mit seinen Sätzen neigen aus dem Hute die Söhnen bestift, zu vernehmen, jenen Verlorenen eine letzte Botschaft zu senden. Die Minuten, die letzten eines verflüchtigten Lebens, fällt ihm der Dichter, der einst ein König war, mit wunderbarer Güte: er weckt die Erinnerung des Wüders an sein Kind, an den Sohn, der des Vaters Schuld und Schande tilgen wird!

„Gut Dank, du Bettler, der du reicher bist Als alle Großen auf der ganzen Erde!“

rufft der Wanderer jetzt aus, und der andere entläßt ihn freudig:

„Zum Tod begnadigt, gehe hin zum Leben!“

Es ist eines großen Bühnenwerkes ungeachtet Sicherheit, die den Dichter hieraus sofort die Szene folgen läßt: der Dichter, welchen der Bettler als König begnadigt, tritt ihm die paar erdentrübten, erbetelten Pfingsten aus dem Hut. Hieran erkennt man den Dichter im Bettler, und der Bettler im Dichter, und die Schuld der Welt. Die Zukunft ist ihm bereit, er wird helfen, helfen zu können. Der große Geist, mit dem er eintritt, mehr als er gemüht aus ihm. Nun folgt eine der schönsten

*) Der Wanderer. Ein Lebensministerium von Paul Lehmann. Verlag, Berlin.